



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 2 0 - 0 0 5 5**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

IT Sicherheit

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

gez. Imholz

Stadtkämmerer

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 17.11.2016

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

gez. Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Informationssicherheit ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wichtige Voraussetzung für die tägliche Aufgabenerfüllung. Informationssicherheit ist darüber hinaus notwendig, um gesetzliche Anforderungen und Ansprüche an einen verantwortlichen Umgang mit Informationen zu erfüllen. Aus diesem Grund muss die Aufgabe Informationssicherheit bei der Landeshauptstadt Wiesbaden institutionalisiert und ausgebaut werden.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 Informationssicherheit für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine unabdingbare Voraussetzung für die tägliche Aufgabenerfüllung ist und die Landeshauptstadt Wiesbaden bestrebt sein muss, ein angemessenes Niveau der Informationssicherheit zu gewährleisten
 - 1.2 Informationssicherheit notwendig ist, um gesetzliche Anforderungen und Ansprüche an einen verantwortlichen Umgang mit Informationen zu erfüllen
 - 1.3 die Verantwortung für die Informationssicherheit der Landeshauptstadt Wiesbaden obliegt
 - 1.4 das angemessene Niveau der IT-Sicherheit nur in einem stetigen Abwägungsprozess zwischen Bedrohungs- und Gefahrenlagen, Risiken und fachlichen Anforderungen sowie den personellen und finanziellen Aufwänden kontinuierlich erreicht werden kann
 - 1.5 die Verantwortung für IT-Sicherheit innerhalb der Stadtverwaltung organisatorisch klar geregelt und delegiert werden muss
- 2 Es wird zugestimmt, dass
- 2.1 Dez VI/2005 beauftragt wird, ein IT-Sicherheitsmanagement zu erarbeiten und die notwendigen internen Ressourcen und notwendigen externen Dienstleistungen zu ermitteln und mit Dez I/14 und Dez II/30 (Datenschutzbeauftragter) und der Wivertis GmbH abzustimmen
 - 2.2 Dez VI/2005 in Verbindung mit Dez III/11 einen Vorschlag für die Organisation und organisatorische Zuständigkeit erarbeitet
 - 2.3 Dez VI/2005 die Vergabe der externen Dienstleistungen prüft und vorbereitet
 - 2.4 die Ergebnisse von Punkt 2.1 und 2.2 zu dem erarbeiteten IT-Sicherheitsmanagement den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist bestrebt, den Bürgern und Bürgerinnen, Kunden und Kundinnen, Unternehmen, Verbänden und anderen Verwaltungen bestmögliche Dienste

anzubieten. Hierzu gehört auch, dass die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und die Anwendungen, mit deren Hilfe diese Dienste erbracht werden, möglichst störungsfrei funktionieren und dass die Informationen, die mit dieser Technik übertragen, bearbeitet und gespeichert werden, in angemessener Weise vor Missbrauch geschützt sind. Informationssicherheit ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wichtige Voraussetzung für die tägliche Aufgabenerfüllung. Informationssicherheit ist darüber hinaus notwendig, um gesetzliche Anforderungen und Ansprüche an einen verantwortlichen Umgang mit Informationen zu erfüllen.

Immer mehr Verwaltungsprozesse der Landeshauptstadt Wiesbaden und Fachaufgaben werden mittlerweile elektronisch gesteuert. Große Mengen von Informationen werden dabei digital gespeichert, elektronisch verarbeitet und in lokalen und globalen sowie in privaten und öffentlichen Netzen übermittelt. Viele gesetzliche Aufgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden können ohne IT überhaupt nicht mehr oder im besten Fall nur noch teilweise durchgeführt werden. Damit ist die Landeshauptstadt Wiesbaden von dem einwandfreien Funktionieren der eingesetzten IT abhängig.

Mit der Abhängigkeit von der IT erhöht sich auch der potenzielle Schaden durch den Ausfall von Informationstechnik. Da IT an sich nicht frei von Schwachstellen ist, besteht ein durchaus berechtigtes Interesse, die von der IT verarbeiteten Daten und Informationen zu schützen und die Sicherheit der IT zu planen, zu realisieren und zu kontrollieren. Hierbei ist es aber wichtig, sich nicht nur auf die Sicherheit von IT-Systemen zu konzentrieren, da Informationssicherheit nicht nur eine Frage der Technik ist, sondern auch stark von den organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen abhängt. Die Sicherheit der Betriebsumgebung, die Verlässlichkeit von Dienstleistungen, der richtige Umgang mit zu schützenden Informationen und viele andere wichtige Aspekte dürfen auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Informations- und Kommunikationstechnik spielt in immer mehr Bereichen der Stadtverwaltung eine bedeutende Rolle, dabei ist das Innovationstempo seit Jahren unverändert hoch. Besonders erwähnenswert sind dabei folgende Entwicklungen:

- **Steigender Vernetzungsgrad:**

Menschen, aber auch IT-Systeme arbeiten heutzutage nicht mehr isoliert voneinander, sondern immer stärker vernetzt. Die Vernetzung ermöglicht es, auf gemeinsame Datenbestände zuzugreifen und intensive Formen der Kooperation über geographische, politische oder institutionelle Grenzen hinweg zu nutzen. Damit entsteht nicht nur eine Abhängigkeit von den einzelnen IT-Systemen, sondern in starkem Maße auch von den Datennetzen. Sicherheitsmängel können dadurch schnell übergreifende Auswirkungen haben.

- **IT-Verbreitung und Durchdringung:**

Immer mehr Bereiche werden durch Informationstechnik unterstützt, häufig, ohne dass dies auffällt. Die erforderliche Hardware wird zunehmend kleiner und günstiger, so dass kleine und kleinste IT-Einheiten in viele Bereiche des Alltags integriert werden können, z. B. IT-gestützte Sensorik in der Verkehrssteuerung. Die Kommunikation der verschiedenen IT-Komponenten untereinander findet dabei zunehmend drahtlos statt. Dadurch werden auch Alltagsgegenstände über das Internet lokalisierbar und steuerbar.

- **Verschwinden der Netzgrenzen:**

Bis vor kurzem ließen sich Verwaltungsprozesse und Anwendungen eindeutig auf die IT-Systeme und die Kommunikationsstrecken dazwischen begrenzen. Ebenso ließ sich sagen, an welchen Standorten und bei welcher Institution diese angesiedelt waren. Diese Grenzen verschwinden zunehmend.

- **Angriffe kommen schneller:**

Die beste Vorbeugung gegen Computer-Viren, Trojanische Pferde oder andere Angriffe auf IT-Systeme, Anwendungsprogramme und Protokolle ist die frühzeitige Information über Sicherheitslücken und deren Beseitigung, z. B. durch Einspielen von Patches und Updates.

Mittlerweile sinkt allerdings die Zeitspanne zwischen dem Bekanntwerden einer Sicherheitslücke und den ersten gezielten Massenangriffen darauf, so dass es immer wichtiger wird, ein gut aufgestelltes Informationssicherheitsmanagement und Warnsystem zu haben.

- **Höhere Interaktivität von Anwendungen:**

Unter dem Stichwort Web 2.0 werden bereits vorhandene Techniken miteinander kombiniert, um so neue Anwendungs- und Nutzungsmodelle zu erschaffen. Darunter finden sich verschiedenste Anwendungsbereiche wie neue, soziale Kommunikationsplattformen, Portale für die gemeinsame Nutzung von Informationen, Bildern und Videos oder interaktive Web-Anwendungen wie z. B. bei der Stadtpolizei. Durch die stärkere Integration von Benutzerrückmeldungen werden Informationen nicht nur schneller verbreitet, sondern es ist auch schwieriger, deren Weitergabe zu steuern.

- **Verantwortung der Nutzer:**

Die beste Technik und schnellste Überbrückung von Sicherheitslücken führt nicht zu einer ausreichenden Informationssicherheit, wenn dabei der Risikofaktor Mensch nicht angemessen beachtet wird. Dabei geht es nicht nur darum, sicherheitskritische Situationen erkennen zu können, sondern vielmehr auch um das verantwortungsvolle Handeln des Einzelnen. Dazu ist es notwendig, Kenntnisse über Sicherheitsrisiken und Verhaltensregeln zu haben.

Mängel im Bereich der Informationssicherheit können zu erheblichen Problemen führen. Die potentiellen Schäden lassen sich verschiedenen Kategorien zuordnen.

- **Verlust der Verfügbarkeit:**

Wenn grundlegende Informationen nicht vorhanden sind, fällt dies meistens schnell auf, vor allem, wenn Aufgaben ohne diese nicht weitergeführt werden können. Läuft ein IT-System nicht, können Dienste für Bürgerinnen und Bürger (z. B. Ausstellung Personalausweis, Fahrzeuganmeldung) nicht mehr angeboten werden, keine Geldtransaktionen im Sozialbereich durchgeführt werden, Online-Services sind unmöglich und der Datenaustausch innerhalb der Verwaltung ist stark eingeschränkt.

- **Verlust der Vertraulichkeit von Informationen:**

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass mit ihren personenbezogenen Daten vertraulich umgegangen wird. Die ungewollte Offenlegung von Informationen kann in vielen Bereichen schwere Schäden nach sich ziehen.

- **Verlust der Integrität (Korrektheit von Informationen):**

Gefälschte oder verfälschte Daten können beispielsweise zu Fehlbuchungen, falschen Leistungen oder fehlerhaften Urkunden führen. Seit einigen Jahren gewinnt auch der Verlust der Authentizität als ein Teilbereich der Integrität an Bedeutung: Daten werden einer falschen Person zugeordnet. Beispielsweise können Zahlungsanweisungen oder Bestellungen zu Lasten einer dritten Person verarbeitet werden, ungesicherte digitale Willenserklärungen können falschen Personen zugerechnet werden, die "digitale Identität" wird gefälscht.

Angesichts der vorgestellten Gefährdungspotentiale und der steigenden Abhängigkeit stellen sich damit für die Landeshauptstadt bezüglich Informationssicherheit mehrere zentrale Fragen:

- Wie sorgfältig wird mit verwaltungs- und personenbezogenen Informationen umgegangen?
- Wie sicher ist die Informationstechnik der Landeshauptstadt Wiesbaden?
- Welche Sicherheitsmaßnahmen müssen ergriffen werden?
- Wie müssen diese Maßnahmen konkret umgesetzt werden?
- Wie hält bzw. verbessert die Landeshauptstadt Wiesbaden das erreichte Sicherheitsniveau?
- Werden die personellen Aspekte der Informationssicherheit angemessen berücksichtigt?

- Wie hoch ist das Sicherheitsniveau anderer Institutionen, mit denen eine Kooperation stattfindet?
- Sind Notfallvorkehrungen getroffen, um im Gefährdungsfall schnell reagieren zu können?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen ist zu beachten, dass Informationssicherheit eine Kombination aus technischen, organisatorischen, personellen und baulich-infrastrukturellen Aspekten ist.

Zu schützen sind:

- Bauliche Infrastruktur
- IT-Systeme
- Netz
- Anwendungen

vor den Gefahren:

- Elementaren Gefährdungen
- Technisches Versagen
- Vorsätzliches Handeln von Angreifern (intern und extern)
- Menschliche Fehlhandlungen
- Organisatorische Mängel

durch Sicherheitsmaßnahmen in den Bereichen:

- Baulicher Infrastruktur
- Organisation
- Personal
- Hard- und Software
- Kommunikation
- Notfallvorsorge

Es ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden daher notwendig, ein Informationssicherheitsmanagement einzuführen, das die mit Informationssicherheit verbundenen Aufgaben konzipiert, koordiniert und überwacht.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Die Landeshauptstadt Wiesbaden könnte wie bisher auch ohne beschlossenes IT-Sicherheitsmanagement weiter arbeiten. Bisher wurden mit vorhandenen Ressourcen aus dem Bereich Dez VI/2005 IT-Management die Themen des IT-Sicherheitsmanagements so gut wie möglich abgearbeitet und betreut. Dies stößt aber aufgrund der zunehmenden Komplexität und der sich ausweitenden Bedrohungsszenarien an die Grenzen des Leistbaren mit der Folge, dass das IT-Sicherheitsniveau der Landeshauptstadt Wiesbaden zukünftig sinken würde.

Wiesbaden, 17.11.2016
2005 4020 uk

gez.

Imholz
Stadtkämmerer